

Erscheint 6 mal wöchentlich.  
Stoßlicher Preis je 2,70 RM. Einzelnummer 10 Pf.  
die Sonntags-, sowie Sonntag- und Beilage zu 10 Pf.

Verlagsort Dresden. — Anzeigenpreise: die Spalt. 22 von  
dreieinhalb Zeilen 8 Pf. — Für Familienanzeigen und Briefe  
5 Pf. — Für Privatnotizen können wir keine Gewähr leisten.

# Sächsische Volkszeitung

Siedlung: Dresden-Z., Polizeistraße 17, Herausf. 20711 u. 20712  
Schriftleiter: Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei und  
Verlag Th. und S. Winkel, Polizeistraße 17, Herausf. 20712,  
Postleitz.: Nr. 1002, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94717

Freitag, 26. Juli 1935

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, eintretender Betriebs-  
bedingungen hat der Besitzer oder Inhaber seine Ansprüche,  
falls die Zeitung in beschränktem Umfang, verzögert oder  
nicht erscheint. — Erfüllungsort Dresden. —

## England und die Abessinienfrage

### Erklärung Hoares vor dem Unterhaus

„Eine Angelegenheit, die im Lichte der Umstände und der Völkerbundssatzung bestimmt wird“

London, 25. Juli.  
Im Unterhaus wurden am Mittwochnachmittag wieder mehrere Anfragen über die italienisch-abessinische Streitfrage gestellt. Außenminister Sir Samuel Hoare erwiderte u. a., daß die Frage eines Vorgehens der Völkerbundsmitglieder im Falle, daß irgend ein Mitglied in das Gebiet eines anderen Landes einmarschiert, eine Angelegenheit sei, die „im Lichte der Umstände und der Völkerbundssatzung“ bestimmt werden werde. Er hoffe, noch vor der Tagung des Unterhauses eine Erklärung über die Ausführungen von Waffen nach Italien und Abessinien abgeben zu können. Soweit er unterrichtet sei, habe die französische Regierung die Waffenausfuhr nach Italien und Abessinien verboten.

Auf eine weitere Frage antwortete Hoare, er habe dem amerikanischen Botschafter bereits die Bekleidung der englischen Regierung über die kürzlichen Neuverhandlungen des amerikanischen Staatssekretärs ausgedrückt, die sich auf die Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten des Kelloggabkommens bezogen. Die englische Regierung werde stets bereit sein, mit der amerikanischen Regierung bei den Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Friedens zusammenzuarbeiten.

Zum italienisch-abessinischen Streit schreibt die „Times“, die französische Regierung wünsche ihre Freundschaft mit Italien aufrecht zu erhalten und die diplomatische Zusammenarbeit der drei Streitmächte zu sichern. Man glaube aber, daß Paris einschehe, daß Freundschaft und Zusammenarbeit nur aufrecht erhalten werden könnten, wenn Rom weiterhin seine Verpflichtungen gemäß der Völkerbundssatzung erfülle.

Aus Addis Abeba wird gemeldet, daß dort eine neue italienische Note eingetroffen sei. Ferner wird berichtet, es habe große Heiterkeit erreicht, daß die italienischen Konsuln in Harrar und Gonbad an den dortigen Geburtstagsfeier für den Kaiser teilgenommen hätten, während der italienische Gesandte in Addis Abeba als einziger Diplomat dem Empfang ferngeblieben sei. Uebrigens soll auch der amerikanische Präsident

Roosevelt an den Kaiser zu dessen Geburtstag „herzliche Glückwünsche“ gesandt haben.

Nach einer Mitteilung aus Alexandria dauern die italienischen Anhänger an. Mehr als 300 Nord-Eaststraßenwagen mit Frachtseilen seien dort zur sofortigen Verschiffung nach Erythrä angekauft worden.

Der nationale Rat der britischen Arbeiterbewegung hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, der italienische Kaiserismus suche in Afrika einen Ausweg aus seinen wirtschaftlichen, finanziellen, politischen und kulturellen Schwierigkeiten. Völkerbundssatzung und Kelloggabkommen seien in Gefahr. Der nationale Arbeiterrat fordert die Regierung auf, sofort eine öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates zu beantragen.

### Europa

Ein Nachwort zum Besuch der britischen Frontkämpfer. 1

Die Abordnung des englischen Frontkämpferverbandes „British Legion“, die vom deutschen Volk mit so außergewöhnlicher Anteilnahme, ja, man kann wohl sagen, mit Begeisterung empfangen wurde, hat am Dienstag nach erlebnis- und eindrucksvollen Tagen den deutschen Boden wieder verlassen. Nicht nur die Reichspresse, sondern auch die englische und ein großer Teil der übrigen Auslandspressen hat mit einer sonst selten zu beobachtenden Einmütigkeit den Wert dieser „Züchtigung“ zwischen Männern, die einander in der Feuerlinie gegenüberstanden und einen anderen gelernt haben“ (Daily Mail) bejaht. Im „Observer“ gab einer der englischen Teilnehmer, Oberst Crossfield, mit lebhafter Genugtuung die Ansicht des deutschen Reichskanzlers wieder, daß es die besondere Aufgabe der Frontkämpfer ist, zur Förderung einer besseren internationalen Verständigung beizutragen. Wenn man die zahlreichen Reden, die in diesen Tagen gewechselt, und die Kommentare, die an sie geknüpft wurden, auf einen gemeinsamen Denner zu bringen versucht, so gewinnt man den starken Eindruck einer sich immer mehr durchsetzenden Überzeugung, daß der Friede und die europäische Solidarität heute am besten bei den Männern aufgehoben sind, die die Schrecken des Krieges am eigenen Leibe erlebt haben. Gerade die Frontkämpfer, so lautet, auf die lärzendste Formel gebracht, die Empfindung, der man in diesen Tagen am häufigsten begegnete. Gerade die Frontkämpfer? Manchem, der noch in der Ideologie der Konferenzen und Frühstücke von Thoiry lebt, wird das jetzt erscheinen, und er wird nach dem Warum forschen. Diese Frage stellen und bis zur letzten Konsequenz durchdenken, heißt nicht mehr und nicht minder, als die Frage nach dem neuen Europa aufwerfen.

Auch wir Deutschen stellen diese Frage, und wenn eine gewisse Auslandsopposition nicht aufhören will, uns den Vorwurf geistiger Ablenkung und nationalsozialistischen Parteiloyalismus zu machen, so beweist das nur, wie sehr die leichten Ziele unserer Gesamtpolitik noch missverstanden werden. Vor Monaten schon hat ein Berliner Blatt die unirete Absichten klar charakterisierenden Sätze geprägt: „Wir wünschen nicht als eine bestante und gefürchtete Sonderbarkeit inmitten Europas zu leben und uns abzutrennen von den großen Gedanken, die Europa umfassen, ihm seine Weltmacht gegeben haben, und die nicht zum wenigsten unser Werk sind. Niemand in Deutschland deutet mit Behagen an die Zeiten der Krähwinkel zurück, und wer von uns wünscht, aus Deutschland ein ungeheures Dorf zu machen, eine Gemeinschaft aus fünfundzwanzig Millionen um einen Kirchturm?“ Unirete Wirtschaftsführer haben zu wiederholten Malen entschieden die wirtschaftliche Autarkie abgelehnt, und es ist der Führer gewesen, der in seiner letzten großen Friedensrede das Wort von der Rettung des Abendlandes in die europäische Debatte warf. Wie wissen sehr genau, daß geistige Autarkie eben noch als wirtschaftliche Abhängigkeit auf die Dauer unsicherbar ist und Tod bedeutet, und darum stellen wir die Frage nach dem neuen Europa.

Indessen, gibt es das wirklich, was wir möglicherweise etwas euphemistisch europäische Wirklichkeit nennen? Es läßt sich unzweifelhaft sehr viel gegen die Existenz Europas einwenden. Der letzte Krieg und der Friede, der keiner war, sind die auftragenden und erlösenden Zeugen gegen die europäische Solidarität. Ja, leichten Endes wissen wir nicht einmal genau, ob Europa, das, wie jede Weltkarte deutlich zeigt, eine Halbinsel Asiens ist, eine geographische Wirklichkeit bedeutet. Zum mindesten ist die Wirklichkeit einer ständigen Veränderung unterworfen. Seit 1917 liegt die Grenze Europas nicht mehr am Ural, sondern hinter der Weichsel, denn inzwischen ist Russland wieder Asien oder besser noch Antieurope geworden. Und wenn wir schon der Sippe Russen geben, müssen wir dann nicht wenigstens zwischen einem westlichen und östlichen, einem maritimen und kontinentalen und schließlich noch einem Mitteleuropa unterscheiden, die ganz verschiedene Kulturen hervorgebracht haben? Müssen wir schon augestehen, daß diese Fragen jedenfalls nicht ohne Berechtigung gestellt werden, so führen uns die weiteren Fragen nach der psychologischen, politischen und ökonomischen Wirklichkeit Europas immer tiefer in das Gestüpp des Zweifels. Den „homo europeus“ gibt es sicherlich nicht in dem Sinne der guten Europäers, wie ihn die Coudehoue-Kalergi bestillt haben. Die Frage nach der politischen Wirklichkeit braucht ernsthaft überhaupt nicht gestellt zu werden, und was die ökonomische Wirklichkeit betrifft, so weisen die Handelsbilanzen der europäischen Staaten aus, daß man ebenso leicht (oder heute auch ebensowenig) von der wirtschaftlichen Einheit der Welt wie Europas reden kann. Zu

## Nochmals: Abessinien braucht Geld

### Neue Erklärungen des Gesandten Dr. Martin

London, 25. Juli.

Der abessinische Gesandte in London, Dr. Martin, äußert sich auch weiterhin mit großer Offenheit über seine Pläne. In einer Presseunterredung sagte er, er suche zunächst 2 Millionen Pfund Sterling und dann womöglich weitere 5 Millionen Pfund aufzutreiben. Ursprünglich sollte dieses Geld für die wirtschaftliche Erschließung Abessiniens verwendet werden, aber

der drohende Krieg habe jetzt den ersten Anspruch darauf.

Er hoffe, die britische Regierung werde Kredite für

den Ankauf von Waffen gewähren. In Abessinien sei eine besondere Kriegssteuer eingeführt worden, die etwa 5 Millionen Pfund einbringen sollte. Vor allem sei Munition für Maschinenwaffen nötig, und zwar viel Munition, weil der Krieg vielleicht lange dauern werde. An Maschinenwaffen belägen die Abessinier 100 000 bis 200 000 Stück. Von den Geschützen seien einige neu, andere hingegen seien 1896 den Italienern bei Adwa abgenommen worden. Hierzu kämen noch eine Anzahl Maschinengewehre und fünf bis zehn Flugzeuge. Über die Stärke des Heeres drückte sich der Gesandte nicht deutlich aus. Er sagte nur, alle Männer würden ihr Möglichstes tun, und die Frauen würden sie begleiten und für sie Kochen und waschen.

### Auslösung des NSDVB (Stahlhelm) im westlichen Mecklenburg

Schwerin, 25. Juli.

Die mecklenburgische Politische Polizei teilt mit: „Auf Grund des § 1 der Verordnung vom 28. Februar 1933 werden die Kreise Parchim, Ludwigslust und die Ortsgruppe Waren des NSDVB (Stahlhelm) im Landesamt Hanse mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Damit ist auch das Tragen von Uniformen und Abzeichen des NSDVB für die betroffenen Kreise und für den Bezirk der Ortsgruppe Waren unterlegt. Zu widerhandlungen werden auf Grund des § 4 der Verordnung vom 28. Februar 1933 Strafrechtlich geahndet. Das vorhandene Vermögen wird vorläufig beschlagnahmt und sichergestellt.“

Gründe: In den Kreisen Parchim und Ludwigslust ist es wiederholt zu Widergesetzlichkeiten von Angehörigen des NSDVB gegen Anordnungen der staatlichen Behörden und der Parteidienststellen gekommen. So hat die Führung des NSDVB in dem Kreise Parchim es in letzter Zeit noch zu verhindern gewußt, daß Stahlhelmmitglieder an Pauschalakten, die von dem Landrat des Kreises angeordnet waren, teilzunehmen. Weiter werden von diesen Kreisen dauernd unwahre, an Hochverrat grenzende Ge- rüchte über Staat und Partei verbreitet, die geeignet sind, das Vertrauen der Bevölkerung zur national-

sozialistischen Staatsführung zu erschüttern. Durch das proroktorielle Auftreten von Angehörigen des NSDVB ist es so weit gekommen, daß in Stolpe ein SA-Mann von Stahlhelmlern niedergeschlagen wurde und in Waren Protestversammlungen wegen Zugehörigkeit von Juden zum NSDVB abgehalten wurden.

Die Vorgänge der letzten Wochen zeigen, daß der NSDVB in diesen Kreisen bewußt und planmäßig gegen den Staat arbeitet und daß seine Auflösung auf Grund der angezogenen Verordnung erforderlich ist.

### Neue Kontrollbehörde für Alkoholhandel in USA

Washington, 25. Juli. Das Repräsentantenhaus nahm mit 299 gegen 100 Stimmen die Regierungsvorlage an, die die Schaffung einer ständigen Bundesbehörde zur Regelung des Alkoholhandels vorsieht. Die neue Behörde wird die frühere Kontrollbehörde ersetzen, die durch die Entscheidung des Oberbundesgerichts über die NJRA aufgehoben worden war. Gegen den Wunschen Roosevelts wird die neue Behörde eine Unterabteilung des Schatzamtes bilden und nicht als unabhängige Bundesbehörde arbeiten. Die Vorlage geht nunmehr dem Senat zu.

Vom Senat wurde gleichzeitig eine bereits vom Repräsentantenhaus gutgeheime zweite Vorlage über den Nachtragshaushalt angenommen. Die Vorlage sieht Bewilligungen für verschiedene Regierungsbüros in Höhe von 306 Millionen Dollar vor. Sie wird nunmehr dem Konferenzausschuß der beiden Häuser zugehen, da der Senat die Bewilligungen um 61 Millionen Dollar erhöht hat.